



Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunststätten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Ein gesegnetes Jahr 1911

wünscht

allen Mitgliedern des Graphischen Zentralverbandes, sowie allen chrstl. Gewerkschaften.

Der Zentral-Vorstand.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 1. Wochenbeitrag pro 1911 fällig.

Wir machen die Zahlstellen darauf aufmerksam, daß der Delegiertenbeitrag pro 1910 im IV. Quartal, für männliche 40 Pfg. für weibliche Mitglieder 20 Pfg., entrichtet und Unterstützungsberechtigung nur für 1910 eintritt, welche den Delegiertenbeitrag entrichtet haben. Pro 1910 sind 58 Beiträge fällig.

Diejenigen Zahlstellen, welche die Berichtsharte für das Kaiserl. Statistische Amt pro IV. Quartal u. a. nicht an uns eingekandt haben, werden dringend erlucht, solches sofort nachzuholen.

Desweiteren ersuchen wir die Ortstastierer um pünktliche Einfindung der Abrechnung pro IV. Quartal 1910. Die Bezirksleiter werden ebenfalls um baldige Einfindung eines Jahresberichts erlucht, mit der Angabe, ob die Zonen unterstützten Zahlstellen ordnungsgemäß abgerechnet haben, bezw. um Aufklärung von Gründen, die eine Verzögerung der Abrechnung pro IV. Quartal rechtfertigen.

Zusatz nach Hannover, Frankfurt (Hirma Ludwig), und Nürnberg für Buchbinder und Kartonnagenarbeiter ist freies Fernzuzahlen.

Köln. Unterstützungsauszahlung erfolgt ab 1. Januar 1911 für Köln auf dem Büro Palmstr. 14 II.

Der Zentralvorstand
J. A.: Hornbach.

Rück- und Ausblick.

Das Jahr 1910 war, soweit unser Interessengebiet als organisierte Arbeiter in Betracht kommt, ein ziemlich bewegtes, und insbesondere inbezug auf Verbesserung der Lebenslage durch Tarifverträge ein recht erfreuliches.

In einer Reihe von Orten sind Tarifrevisionen zum Vorteile der Kollegenschaft durch Neuabschlüsse glücklich beendet worden. Insbesondere die Buchbinderberufszugehörigen, waren durch bevorstehende Bewegungen angewiesen, sich lebhaft als organisierte Arbeiter zu betätigen. Wenn auch die verschiedensten Bewegungen im rückliegenden Jahre nicht wie in den Vorausgegangenen durch schlechte Konjunktur beeinträchtigt wurden, so hat sich doch, insbesondere bei den ungelerten Branchen, die durch die Wirtschaftskrisse verursachte Mangelhaftigkeit in vielen Fällen nicht austräumen lassen.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen ist wegen der immer gehässiger sich artenden Taktik seitens der Genossen, keineswegs ein besseres geworden. Mit einer Brutalität sondergleichen wüten insbesondere sozialdemokratisch organisierte Steinbruder und Lithographen, dank der sozialdemokratischen Erziehung, gegen christlich organisierte Kollegen. Das für Chemigraphen bestehende Monopol inbezug auf den Arbeitsmarkt,

sucht man im sozialdemokratischen Verbannde der Lithographen und Steinbruder vorbildlich für die übrigen Berufe zu behandeln. Ja es ist deren Ideal der Zukunft, das beste Zwangsmittel zur Entrechung jedes selbständigen Denkens und Handelns.

Der allgemein von den Gegnern gegen uns geführte Kampf, war weder in stände uns nennenswerten Schaden zu verursachen, noch unsere Organisation zu vernichten. Im Gegenteil, die Unmöglichkeit der Aufrechthaltung christlicher und nationaler Bestimmung, trotz sozialdemokratischer Organisation, hat sich im Laufe des abgelaufenen Jahres immer deutlicher dadurch gezeigt, daß weit mehr wie in sonstigen Jahren Uebertritte aus sozialdemokratisch-graphischen Verbänden stattgefunden haben. Etwas Uebertritte unsererseits in sozialdemokratische Verbände sind nicht aus Ueberzeugung oder Unzufriedenheit vor sich gegangen, sondern einzig und allein dem Drucke und der Brutalität der numerisch stärker dastehenden sozialdemokratisch-graphischen Organisationen folgend. Wie unerträglich das Verbleiben christlich und national Denkender in den sozialdemokratischen Verbänden, insbesondere im Sennefelderverband letzten Jahres geworden ist, beweist, daß Kollegen mit bis über 10 jähriger Mitgliedschaft, den Weg in unsere Organisation, trotz allen Aufgebots von Genossenverbändlern und Führer, gefunden haben.

Bei allen Bewegungen im Buchbinder-gewerbe, solcher Orte wo unsere Organisation vertreten ist, haben sich unsere Kollegen Anerkennung verschafft. Die Versuche der Gegner uns auszuschalten, sind mißglückt durch energische Proteste und dem Gerechtigkeitsfinn der Mehrheit deutscher Kollegen. Dasselbe Verhältnis müssen sich auch die Zahlstellen für andere Berufe erkämpfen, denn es kann nicht angehen, daß unsere da und dort noch schwach vertretene Kollegen, die Gestaltung des Kampfes sich nur von den Genossen diktieren lassen, ohne Mitbestimmungsrecht in den Kommissionen u. c. Wir werden jederzeit für größte Unterstützung berechtigter Lohn- und Tarifkämpfe zu haben sein. Aber, wenn man unsere Organisation auszuschalten versucht und nur ein blindes Unterwerfen der von den Genossen ausgegebenen Parolen verlangt, dann müssen unsere führenden Kollegen stark genug sein um Protest einzulegen und bei Fruchtlosigkeit schließlich andere Wege beschreiten.

Neben den verschiedensten Bewegungen im Jahre 1910 war die im August stattgefundene Generalversammlung des Verbandes von hoher Wichtigkeit. Das Versprechen der Delegierten für Erziehung der Mitglieder zu höheren Beiträgen, d. h. eine höhere Klasse zu wählen, beizutragen, ist in erfreulicher Weise bei einem größeren Teile der Mitglieder nicht fruchtlos geblieben. Haben doch teilweise sogar Kollegen, die bisher 45 Pfg. pro Woche steuerten, die höchste Klasse von 90 Pfg. für die Zukunft gewählt und andere die nächst höhere Klasse zu 60 Pfg. pro Woche. Die bei der Generalversammlung allseits versprochene Betätigung in agitatorischer Hinsicht, ist nur von einer kleinen Zahl von Kollegen in die Tat umgesetzt worden und demzufolge ist auch

der Erfolg nicht in der erhofften Weise eingetreten. Für jeden die Berufs- und Organisationsverhältnisse kennenden Kollegen ist es klar, daß trotz guten Willens und Mühen nicht Riesenerfolge in der Vermehrung der Mitgliederzahl erwartet werden können, aber wenn konstatiert werden muß, daß einzelne Ortsgruppenvorstände, fast das ganze Jahr hindurch keinerlei Bericht in das Organ oder an den Verbandsvorstand für nötig erachteten, dann ist eine Klage wohlberechtigt. Die von der Generalversammlung geforderte zweite freigestellte Kraft muß laut Beschluß im nächsten Halbjahr getätigt werden, wodurch sicherlich eine bessere Ausbreitung und Entwicklung des Verbandes zu erwarten ist. Aber verfehlt wäre es seitens der Funktionäre anzunehmen, daß auf Grund dieser weiteren Anstellung, (selbstverständlich von Einzel-fällen abgesehen), eine allgemeine Erleichterung für Ortsgruppenvorstände und Bezirksleiter eintreten würde. Im Gegenteil, weit mehr wie bisher wird dadurch jeder führende Kollege wie Ver-trauensmann ausgemuntet werden, zur unermüdlichen Agitation und Kleinarbeit.

Allseits Lob und Anerkennung verdient auch wiederum im abgelaufenen Jahre die ideale Betätigung unseres Gauleiters für Süddeutschland. Hoffen wir im neuen Jahre, daß recht viele Kollegen den Vorlag fassen und die Tat folgen lassen, ihm nachzueifern zum Nutzen der Gesamtheit, zur Ehre unseres Verbandes.

Sind wir auch nicht numerisch in gleicher Zahl wie unsere Gegner vorwärts geschritten, so können wir doch konstatieren, daß es hierin vorwärts gegangen ist. Die materiellen Erfolge, welche heute noch nicht in vollem Umfange vorliegen, dürften jedoch mit Bestimmtheit die Erfolge der rückliegenden Jahre weit überholen. Sind doch durch Tarif- und Lohnbewegungen Mehrverdienste bis zu 4,50 Mk. pro Woche erzielt worden.

Sehr erfreulich ist es, konstatieren zu können, daß wir uns insbesondere auch mit einer Reihe christlicher Firmen verständigenden konnten. Dagegen muß lebhaft bebauert werden, daß trotz der größten Zurückhaltung in der Kritik, so mancher christliche Arbeitgeber, Verleger, sich heute noch als Gegner der Organisationen, auch der Christlichen, unseres Verbandes zeigt und ängstlich darüber macht, daß die bei ihnen tätige Arbeiterschaft, keinen Anschluß zu unserem Verbannde zu unternehmen sucht. Die größte Schuld trifft allerdings die dort tätige Arbeiterschaft, welche fast keinerlei Interesse und Verständnis der Organisation gegenüber beudet. Unsere Aufgabe soll auch für die Zukunft die sein, für die Rechte der Mitglieder einzutreten und auf friedliche Weise zu versuchen, Verständigung und Entgegenkommen zu finden. Wir werden aber auch alles aufbieten und die Mithilfe der christlichen Bruderorganisationen finden, wenn jene in der Weltanschauung und gleichgesinnnte Arbeitgeber die Verweigerung des Koalitionsrechtes nicht aufgeben. Ein Arbeitgeber, der die Christl. Arbeiterschaft als Konsumenten beansprucht, ihr aber das Koalitionsrecht verweigert, bezw. Hindernisse in den Weg setzt, der verdient den Kampf der christlichen Arbeiterschaft auf der ganzen Linie. Nicht durch Gründung von Vereinen mit den Arbeit-

Jugendliche und Kinder in Fabriken. Ueber die Beschäftigung jugendlicher Fabrikarbeiter beiderlei Geschlechts und von Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 werden in der Statistik des Deutschen Reichs folgende Angaben gemacht:

Im Jahre 1909 wurden in 95 804 Fabriken jugendliche männliche und weibliche Arbeiter und in 88 889 Anlagen erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Jugendlichen betrug 458 085, darunter waren 11 542 Kinder unter 14 Jahren und zwar 6166 Knaben und 5376 Mädchen. Die übrigen Jugendlichen standen im Alter von 14—16 Jahren, von ihnen waren 290 277 männlichen und 156 268 weiblichen Geschlechts. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der beschäftigten Kinder um 520 gesunken, die Verminderung entfällt fast ausschließlich auf die Beschäftigung von Knaben, die Zahl der beschäftigten Mädchen hat nur um 9 abgenommen. Bei den jungen Frauen zwischen 14—16 Jahren, deren Zahl gegen das Vorjahr von 440 255 auf 446 540 gestiegen ist, entfällt die Zunahme hauptsächlich auf die jungen Mädchen, von denen 5003 mehr gezählt wurden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen — 1 190 241 — waren 402 976 unter 21 Jahren alt und 727 265 älter. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Zahl der erwachsenen werk-tätigen Arbeiterinnen um rund 40 000 gesteigert.

Jugendliche Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen der Papier-Industrie im Deutschen Reich im Jahre 1909. Nach amtlichen Mitteilungen waren beschäftigt im Jahre 1909 in der Papier-Industrie in 2809 Fabriken jugendliche Arbeiter und in 2935 Fabriken Arbeiterinnen über 16 Jahre alt.

Von jugendlichen Arbeitern waren beschäftigt:

	männl.	weibl.	zusammen
Kinder unter 14 Jahren . . .	229	242	471
Junge Leute 14—16 Jahren 6822	8775	15597	
überhaupt 7051	9017	16068	

Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen betrug:

55 686
23 020
32 626

davon waren 16—21 Jahre alt
über 21 Jahre alt

Auf eine Fabrik kommen im Jahre 1909 durchschnittlich 7,0 jugendliche Arbeiter, 19,0 erwachsene Arbeiterinnen.

Zu was paritätische Arbeitsnachweise? Im Schneidergewerbe sollte auf Antrag des „freien“ Schneiderverbandes ein paritätischer Arbeitsnachweis, zunächst fakultativ eingeführt und die für eine allgemein gültige Geschäftsordnung zwischen den in Betracht kommenden Organisationen: dem Allgem. deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe einerseits, dem Verband der Schneider und Maßverleiher, dem Verband christl. Schneider, Schneiderinnen und verw. Verw. Deutschlands und dem Gewerbeverein der Schneider H.-D. andererseits vereinbart werden. Was der „freie“ Schneiderverband mit seinem Antrag bezwecken wollte, ging aus den Verhandlungen, die die Hauptverbände diesbezüglich am 12. Dezember in Berlin pflogen, hervor. Der christliche Schneiderverband beantragte, daß in die Geschäftsordnung die Bestimmung aufgenommen werden sollte, daß die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation oder Klasse (freie Hilfskräfte) abhängig gemacht werden darf. Ferner verlangte der Antrag ein direktes Verbot der Vornahme von Verbandsgeschäften — Aufnahme von Mitgliedern, Einziehen von Beiträgen, Ausgaben von Unterstüßungen etc. wie eine Befreiung der Verbandszugehörigkeit — auf den Arbeitsnachweisbüros oder -Lokalen. Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Arbeitsnachweises sollten als tariflich betrachtet werden.

Sachliche Erwägungen waren es sicher nicht, die die Vertreter des „freien“ Verbandes veranlaßten, gegen den Antrag Stellung zu nehmen, denn bei einer paritätisch eingerichteten Institution, noch dazu, wo auf Arbeitnehmerseite dies durch das Tarifabkommen im Schneidergewerbe gleichberechtigte Organisationen in Frage kommen und mit den Arbeitgebern zu den Kosten der Einrichtung herangezogen werden sollen, war der Antrag dazu angetan, von dem für das Schneidergewerbe zu errichtenden Arbeitsnachweis alle die Geschehnisse fernzuhalten, die bei ähnlichen Einrichtungen durch sozialdemokratische Arbeitsvermittler zum Nachteil nichtsozialdemokratischer Arbeiter beobachtet wurden. Anderer Meinung waren die Vertreter des „freien“ Verbandes. Sie glaubten zwar den Schein der Parität zu wahren, wenn sie dem ersten Teil des Antrages des christlichen Verbandes zustimmen und erklären, daß sie nicht die Absicht hätten, Verbandsgeschäfte auf dem Nachweisen vorzunehmen, aber — generell verboten wollten sie dies nicht haben. Natürlich; ist doch der Arbeitsnachweis das geeignetste Mittel, den in der Widerbest befindlichen Organisationen das Ausbreitungsgebiet nach Willkür zu begrenzen und die Notlage der Arbeitssuchenden zu beseitigen, um sie den „freien“ Gewerkschaften und damit der Sozialdemokratie zuzuführen. Zu letzterem bekennt sich auch der „freie“ Schneiderverband. Er schreibt in seinem Verbandsorgan, die „Fachszeitung“ Nr. 47 1910: „Wir wenden uns nicht gegen die Bezeichnung sozialdemokratische Gewerkschaften, wir sind selbst Sozialdemokraten und wünschen nur, daß es auch alle Mitglieder der freien Gewerkschaften wären.“ Und um dieses Wunschgeschehen möchte man sich Arbeitgeber und nichtsozialdemokratische Arbeiter zu unfreiwilligen Handlangern machen.

Der sozialistische Kampf gegen den Gewerbeverein christlicher Arbeitgeber wird von den Sozialdemokraten mit unermüdlicher Helligkeit weiterbetrieben. Im oberbayerischen Bergbauverier (Hausbau und Bergbau) haben die Sozialdemokraten einen für die Arbeiter verhängnisvollen Streit inszeniert, mit dem öffentlichen Zweck, den christlichen Gewerbeverein zu schädigen, womöglich zu vernichten. Die christlich organisierten Bergarbeiter und Unorganisierten konnten diesen „Streit“ selbstverständlich nicht mitmachen und nun ertönte ein rotes Indianengeheul über „christliche Verräter“ und „Streitbrecher“, durch den gesamten sozialdemokratischen Mittelmaß.

Daß die Meute ruhig heulen! Alle eheilig und

rechtbedenkenden Menschen wissen, was von diesem Geschrei zu halten ist. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ist es seiner Ehre und Selbsterhaltung schuldig, sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberbayern jede Gemeinshaft mit seinen streupellosen sozialdemokratischen Gegnern abzulehnen und seine eigenen Wege zu gehen. In diesem notgedrungenen Verhalten findet er die volle Zustimmung und Unterstützung aller übrigen christlichen Berufsverbände wie der gesamten christlichen Arbeiterbewegung.

Aber auch in den Kreisen der rechtbedenkenden Bergarbeiter selbst findet die Situation wie die Stellung des christlichen Gewerbevereins volles Verständnis, wie die zahlreichen Neuaufnahmen in den letzten Wochen beweisen. Damit werden auch die gegnerischen Lügen über einen rapiden Rückgang der christlichen Bergarbeiterorganisationen gestraft. Mögen die christlichen Bergleute den aufgezogenen Kampf um die Ehre und Existenz ihrer Organisation, gegen Fanatismus und Vergewaltigung mutig und tapfer weiter führen in dem Bewußtsein, daß sie für ihre ideale Sache und gerechten Interessen kämpfen und daß die gesamte christlich organisierte Arbeiterschaft wie ein Mann hinter ihnen steht.

Das Lob der Tarifverträge singt in den letzten Tagen die sozialdemokratische Presse, wenn sie in einer Liebesfrist über die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1909 schreibt:

„Was die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein, — so zeigt doch allein schon die große Zahl der Tarife, der tariflichen Betriebe und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in wenigen Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Mehrfache gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechts kann nicht schlagender bemessen werden als durch diese Ergebnisse. Angesichts solcher Tatsachen muß das Geschrei gewisser Kreise nach neuen Ausnahmen und Zuchtmaßregeln wirkungslos verhallen. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie läßlichen Blutes den Anwürfen der Arbeiterfeinde standhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen, — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von drei bis vier Millionen Einwohnern, das bedeutet die Vermehrung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewaltiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften nicht genug dankbar sein kann.“

Ueber die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten Jahren wird jeder aufrichtige Sozialpolitiker sich nur freuen. Einen wichtigen Umstand hat die sozialdemokratische Presse jedoch vergessen, daß es nämlich einmal eine Zeit gab, die noch gar nicht so lange her ist, wo die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber diesen heute so sehr gepriesenen Tarifverträgen eine alles andere denn wohlwollende war; und daß auch heute in der sozialdemokratischen Presse die Gegnerschaft gegen die Tarife, weil sie den Klassenkampf abtumpfen, teilweise noch recht deutlich zum Ausdruck kommt.

Das verführte Kaiserhoch. In Köln wurde jüngst das von der Stadt ersehene Gebäude für sozialpolitische Zwecke eingeweiht und hatten zu dieser Feier auch die „freien“ Gewerkschaften eine Einladung erhalten. Nachdem diese aber in Erfahrung gebracht hatten, daß bei der Feierlichkeit der Regierungspräsident ein Kaiserhoch ausbringen würde, blieben sie, bis auf den Vertreter des genannten Verbandes hat sein „Jelbewußtsein“ nicht gehindert, kräftig in das Kaiserhoch mit einzustimmen. Interessant ist nun die Haltung der in Köln erscheinenden sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung, die zu dem Vorgang bemerkt, daß man bei der Gelegenheit auf die Bestimmung der Angehörigen der „modernen Arbeiterbewegung“ hätte Rücksicht nehmen müssen. Danach hält die „Rheinische“ es also für ganz selbstverständlich, daß die „freien“ Gewerkschaften antimonarchisch, also sozialdemokratisch gesinnt sind. Das ist zwar nichts Neues, aber bei anderer Gelegenheit werden diese sozialdemokratischen Gewerkschaften als die wirklich und einzig „neutralen“ gepriesen, die sich um die politische Bestimmung ihrer Mitglieder nicht im geringsten kümmern. Schlimmer kann die Heuchelei, die allerdings eine der Hauptcharakteristika sowohl der sozialdemokratischen Partei wie der sozialdemokratischen Gewerkschaften bildet, wohl kaum getrieben werden.

Es ist leider bedauerlich, daß bei anderen Gelegenheiten, die von den „Genossen“ gewünschte Rücksicht auf wirklich genommen wird. So anlässlich der in Köln stattgefundenen Generaterversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Bei dieser Gelegenheit verführten die vielen anwesenden „Genossen“ nicht, das von der „ultramontanen“ regierten Stadt Köln gebotene Abendessen zu verweigern. Angesichts der Kaiserhüte auf dem Podium sangen sie gar beim „verleihen Wein“ tüchtig Deutschland, Deutschland über alles.“ Aber zu einem Kaiserhoch vermochten sie sich nicht zu begeistern. Es unterließ, vermutlich mit Rücksicht auf die „Genossen.“ So ganz annehmbar mag diese Unterlassung den anwesenden Vertretern der „Röniglichen“ Gewerbegerichte wohl nicht gewesen sein.

Einwärsen. Daß die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Krankenkassen dazu benutzt werden, „verdienstvollen Genossen“ einen Posten und der roten Partei, sowie den „freien“ Gewerkschaften freigestellte Kräfte zu verschaffen, ist allgemein bekannt. Jüngst wurde dieses hinsichtlich der Leipziger Ortskrankenkasse gar gerichtlich festgestellt. Der Vorsitzende dieser Kasse hatte gegen eine bürgerliche Zeitung Verleumdungsklage erhoben. Obgleich der Prozeß mit einer Verurteilung der Beklagten wegen formeller Verleumdung kam, stellte das Gericht in seinem Urteil als erwiesen fest:

1. Bei den vom Kassenvorstande angeordneten Deamentprüfungen fehlte es an jeder Garantie dafür, daß

diese Maßregel in neutraler und unparteilicher Weise gehandhabt werde, und daß diese Garantie unbedingt nötig sei, solange die Krankenkassen unter sozialdemokratischer Verwaltung im Fahrwasser der Parteipolitik gehalten würden. — 2. Bei der Anstellung von Beamten spielte die politische Bestimmung eine Rolle. Die Krankenkassen-Kontrollkommissionen mit Vorliebe sozialdemokratischen Parteigängern entnommen. — 3. Die Verquickung von Verwaltung und sozialdemokratischer Parteipolitik habe auch in der Leipziger Ortskrankenkasse zu ersten Mißständen geführt. — 4. Als Verurteilungskontrollkommissionen mit Vorliebe „Genossen“ angestellt.“

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden, in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitsgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eintrachtvollen Kundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitsgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Mißständen der Heimarbeit gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Heimarbeiter aus allen Berufen und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gemessenen Richtungen.

Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Prof. Dr. Ernst Franke-Berlin steht und dem ferner angehören Fel. Marg. Behm und die Herren Ing. Bernbard, Wiesberts, R. d. R., Goldschmidt, Krüger, Sassenbaß, Robert Schmidt, W. d. R. Das Hauptreferat hat Prof. Dr. Robert Wilbrandt-Tübingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Vollenkroderstr. 29/30.

Sozialdemokratische Arbeiter als Arbeitgeber. Die Zahlstelle Hamburg des deutschen Metallarbeiterverbandes hat ihrem zweiten Bevollmächtigten Jhle gekündigt, weil er sich, gestützt auf die Intentionen des Verbandsvorstandes, geweigert hatte, einen kleinen Streit zu inszenieren. Er sollte am Tage vor Beginn der Berliner Verhandlungen betreffend Verteilung des Wertarbeiterstreiks nachmittags 4 Uhr eine Versammlung einberufen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer mehrkündigen Arbeitseinstellung. „Der Proletarier“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Fabrikarbeiter, schreibt zu dem Falle:

„Man ist innerhalb der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre schon manches gemohnt worden und hat manche Ungerechtigkeiten miterlebt, die der Bewegung nicht zur Herbe gereicht, hier muß aber gesagt werden: „Eher geht's nicht!“ Es sei hier ganz von der persönlichen Seite der Sache abgesehen! Das werden die Gegner schon ausnützen! Und man kann's ihnen wirklich nicht verdenken, wenn sie sich den fetten Joppen schmeißeln und zu Gemüte führen. Grund und Form der Maßregelung sind so geartet, daß die Arbeiterpresse spaltenlange Kritik daran insulzen würde, hätte ein Kapitalist so gehandelt! Aber mindestens so bedenklich ist die sachliche Seite. Wohin kommen wir denn mit unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, wenn die reichlich erwogenen Bestimmungen der Statuten, wenn die sorgfältig überlegten Beschlüsse der Vorstände, der Werk- und ähnlicher verantwortlicher Kommissionen jederzeit von einer einzigen Zahlstelle, ja von der Zufallsmehrheit einer beliebigen Ortsverwaltung über den Haufen geworfen, wenn gutgeleitete, ausüßliche Bewegungen der Spielball gewissenloser Spielerel, phrasentrunkener Demagogie, schelnradikaler Unverantwortlichkeit werden sollten? Wohin kommen wir, wenn wir an die Stelle einer gefunden, ihre leitenden und verantwortlichen Instanzen nach Röhnen und Eifer bestimmbenden Demokratie eine wüste Ochlokratie sehen, in der jeder entscheidet und jeder alle oder vielmehr gar keine Verantwortung trägt? Wollen wir denn wirklich die Entscheidung über Sein und Nichtsein unserer Organisationen, über Wohl und Wehe unserer Kollegen dem blinden Zufall preisgeben, sie von Stimmungen und Aufwallungen abhängig machen? Oder wollen wir nicht doch lieber uns erhalten, was weit mühsamer aufgebaut wurde, als gewisse rücksichtslose Maulhelden ahnen, wollen wir nicht lieber die Überlegung, die Berechnung, den Verstand, die Erfahrung, die Weisheit — in den meisten Fällen wenigstens war es so — entscheiden lassen? Unsere Organisationseinrichtungen, unsere Statuten sind doch nicht von ungefahr entstanden, sie sind der Niederschlag langjähriger Arbeit und Beobachtung Tausender unserer Werkten, das Ergebnis von Kämpfen und Niederlagen, Erfolgen und Misserfolgen. Sie zu jeder Stunde außer Kraft setzen dürfen, heißt sie überflüssig machen, heißt all die alten Fehler und Mißgriffe, die zu den heutigen Sagenen Anlaß gaben, in ihre Rechte wieder einlegen, heißt, über die ganze Vergangenheit einen dicken Strich machen! Und wenn zulezte? Unverdaulicher und ungedauerter Weisheit, die in unreifen und überreifen Hirnen Verwirrungen anrichtet! Theorien, deren Vertreter sich gegenseitig treffen und für Ignoranten erklären! Einer Partei, deren Bestimmung man dort, wo sie dominiert, als Aufgabe aller later lebenden Röhpe ansteht!

Was uns da zugemutet wird, ist nichts weiter als ein „revolutionärer“ geschminkter Rückschritt allergeringfügigster Sorte, der wirklich nicht dadurch gütlicher wird, daß er in äußerlicher Ruppigkeit und persönlichen Wohheiten und Grausamkeiten ergeht! Wenn es ernst ist um unsere Gewerkschaft, der bekannt sich für dergleichen, und zwar mehr entschieden, als böllig!

Der Fall Jhle ist ein Mahnruf an alle, die es angeht, auf der Hut zu sein, daß nicht herokratistische Naturen den Tempel in Brand setzen

ber auf unserer Arbeit ruht, an dem unser Schwelch lebt, und der unsren Stolz bildet!"

Bei diesem Sichbefreien einer gewählten Seele, schreibt das "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" hierzu, die "allen, die es angeht", im eignen sozialistischen Jargon, die "Wahrheit sagt" und ihnen daher um so empfindlicher an die Herzen greift, könnte man die Sache ihr Bewenden haben lassen, viellecht sogar dieses einzigen Zeichens von Selbstkenntnis in gewissem Sinne froh werden. Wenn nicht diese Sache, wie alles, ihre Verwirrung an der Seite hätte! In der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" teilt man sich schon die Hände ob der "für das Unternehmertum . . . in hohem Grade beachtenswerten" Vorgänge. Und wir zweifeln keinen Moment daran, daß von dieser Seite aus keine Gelegenheit veräußert werden wird, der gesamten organisierten Arbeiterkraft die Vorgänge um die Ehren zu schlagen, als angeblichen Beweis für die Disziplinlosigkeit der Gewerkschaftsmassen und damit — um Folgerungen ist man ja nie verlegen! — für die Unmöglichkeit einer durchgängigen Tarifpolitik. Schließlich handelt es sich ja auch tatsächlich nicht um eine bloße Mühe, aus der ein Elefant zu machen wäre! Die ganze deutsche Arbeiterkraft hat ein Recht, die sozialistischen Gewerkschaften endlich einmal mit aller Entschiedenheit zur Ordnung zu rufen und sie auf die Inhaltbarkeit ihrer Erziehungs- methode, auf das Ueberhandnehmen des Demagogentums hinzuweisen mit der Forderung an die Wurzel das Weser anzulegen.

Soziale Wahlen.

Soziale Wahlen. In Ludwigslust, wo die "Genossen" bisher alle Weisiger zum Gewerbegericht stellten, beteiligten sich in diesem Jahre zum erstenmal die christlich-nationalen Arbeiter an der Wahl. Ihre Liste brachte 110 Stimmen auf, die der "Genossen" 610. Von 12 Weisigern stellen die christlich-nationalen Arbeiter fortan 2. Für den Anfang ein guter Erfolg. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Döberitz a. M. wurden von der Liste der christlich-nationalen Arbeiter drei Vertreter gewählt. — Die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse für Fabriken in Mücheln a. Rhein ergab die Wahl der sozialdemokratischen Liste mit 584 Stimmen. Die Kasse war auch bisher in Händen der "Genossen". Die christlichen Arbeiter erzielten mit 316 Stimmen einen nennenswerten Achtungserfolg. — Die Wahl zur Kammer II (Kleingewerbe) des Gewerbegerichts Saarlouis ergab für die sozialdemokratische Liste 8208 Stimmen (4. Weisiger), die christlich nationale Liste 3708 Stimmen (2. Weisiger). — Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse VIII in Reiffe brachte, mit einer größeren Stimmenzahl wie früher, den christlichen Arbeitern auch diesmal wieder den Sieg. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Rempten (Allgäu) wurden 985 Stimmen abgegeben. Hier von entfielen auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 422 auf die Liste der christlichen Arbeiter 210 und auf die Liste der liberalen Arbeitervereine 153 Stimmen. Von den Weisigern erhalten die Sozialdemokraten 6, die Christlichen 2 und die Liberalen 2 Weisiger. Bei den letzten Wahlen vor drei Jahren erzielten die Sozialdemokraten 331 Stimmen und 6 Weisiger, während die Christlichen und die Liberalen zusammen eine Liste aufgestellt hatten, worauf sie 232 Stimmen und 4 Weisiger erhielten. — In Pasing bei München erzielte bei der Gewerbegerichtswahl die sozialdemokratische Liste 608 Stimmen (11 Weisiger), die Liste der christlichen Arbeiter 50 Stimmen 1 Weisiger. — Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse Mücheln (Mühlspelldorf) endete mit einem Siege der christl. Liste. Die christlichen Kandidaten erhielten 246 und die der Sozialdemokraten 121 Stimmen. Die christlichen Stimmen haben um 100 und die der "Genossen" um etwa 10 zugenommen.

— Die die Vorstandswahlen zur Versicherungsanstalt Oberbayern ergaben, versäßen bei den Arbeitnehmervertretern in dieser Institution die christlichen Arbeiter über die Mehrheit. Es ist auch hier gleich Rheinland und Westfalen gelungen, den größten Teil der bisherigen sozialdemokratischen Vertreter zu verdrängen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Trier wurden die vier Kandidaten der christlichen Arbeiter mit 622 Stimmen gegen 380 sozialdemokratische Stimmen gewählt. — Bei der Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker zu Jserloh'n setzte die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 113 Stimmen gegen 106 Stimmen der Inorganisierten und 77 der "Genossen". — Die Wahl der Weisiger zur Kammer I (Bergbauindustrie) des Gewerbegerichts Saarbrücken fand erstmalig nach dem Proporz statt. Damit ist die alleinige Herrschaft der Gelben, die hier bisher dominierten. Die christlichen Gewerkschaften brachten auf 2406 Stimmen; die Liste der Gelben auf 7406. Interessant ist, daß sich die "Genossen" offiziell an der Wahl nicht beteiligten. Doch fanden zwei ihrer Leute auf der Liste der "Gelben". Die beiden "Gelben Genossen" wurden dann auch gewählt, während die Kandidaten der berühmten Burbacher Hütte, sowie der Zementfabrik glatt durchfielen. Die verhältnismäßig hohe Stimmenzahl der christlichen Liste ist ein erfreuliches Zeichen für die erwachende Selbständigkeit der Arbeiterkraft auf den saarabischen Hüttenwerken. — Die Gewerbegerichtswahlen in Düsseldorf brachten den christlichen Arbeitern 3, den sog. 6 und den christlich-Dunkelschen 1 Weisiger. Es wurden abgegeben: für die christliche Liste 5138 Stimmen; für die sozialdemokratische Liste 9225 und die Hirsch-Dundersche Liste 884 Stimmen.

Aus den Zahlheften.

Wen. Der bereits angelegte Kampf um die Erhaltung und Verbesserung des Tarifs für Buchbinder ist kurz vor Ablauf der Kündigungszeit, durch einen Neuabschluss, nicht notwendig geworden. Selten dürfte eine Tarifrevision unter solchen erschwerten Umständen vor sich gegangen sein. Die Anfangsverhandlungen und Verhandlungen seitens der Kommission der Arbeiterorgani-

isationen mit den Arbeitgebern erweckten den Anschein, daß vor Ablauf des alten Tarifs noch eine Einigung zu erlangen gemeint wäre. Doch leider stellte sich diese Ansicht als trügerisch heraus, denn die Arbeitgeber haben in ihrer Gesamtheit nur solange Interesse den Forderungen der Arbeiter entgegengebracht, als sie sich in dem Glauben wiegten, das ganze ihnen unterstellte Personal sei organisiert. Nachdem einzelne Einzelgänger durch Ausforschungen im eigenen Geschäft erfahren, daß, so insbesondere in zwei größeren Firmen, kein Kollege organisiert war, da änderte sich die Situation, denn auch der Vorsteher des Buchbinder- und Papiervereins, Herr Ged, war in der glücklichen Lage, von seinen Arbeitgebern keiner Störung in Betrieben ausgesetzt zu sein. Alle Versuche von unserer Seite, sowie vom "freien" Buchbinderverband, die abseits stehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, scheiterten an der Gleichgültigkeit, aber trotzdem einer Verbesserung dringend benötigten Arbeiterkraft. Mit der größten Freundschaft wurde der nach weiteren Verhandlungen drängenden Kommission versprochen, die Arbeitgeber behufs Verhandlungen zusammenzurufen, nachdem solche jedoch immer ausblieben, erklärte der Vorsteher, wobei schriftliche noch telefonische Bestellungen hätten den Zweck erreicht.

Trotzdem die Vorbereitungen für einen erfolgversprechenden Kampf sehr schwacher Natur waren, war es die organisierte Arbeiterkraft müde, den bisher beschränkten erfolglosen Weg friedlicher Verhandlung weiter zu schieben. Trotzdem die Verbandsdirektoren Hornbach und Grönhoff vor Einreichung der Kündigung warnten, wurde dieselbe am 17. Dezember einstimmig beschlossen. Der angelegte Kampf bewährte in der ersten Kündigungswoche jedoch nur, daß 4 Firmen mit nur wenigem Personal die Grundforderung bewilligten. In der zweiten Woche der Kündigungszeit setzte der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Hornbach, zugleich mit dem Versuche, Verhandlungen herbeizuführen, ein. Hierbei mußte dieser die Erfahrung machen, daß die Arbeitgeber sich größtenteils ehrenwörtlich das Versprechen gegeben, sich wieder auf Einzelverhandlungen einzulassen, noch Sander- oder Einzelverträge abzuschließen. Auf Grund dieser Sachlage und nachdem bekannt wurde, daß das Suchen nach Arbeitswilligen nicht ganz fruchtlos geblieben war, unterstügten die christlichen Bruderverbände in Gemeinschaft mit dem Ortsrat die Verhandlungen des Kollegen Hornbach und es wurde letzten Endes erreicht, daß die maßgebenden Firmen sich innerhalb weniger Stunden zusammensanden. Der Wittehaber und Chef der Firma Fredebeul und Roenen pflegte sodann als Vertreter der Arbeitgeber wiederholt Verhandlungen mit den Verbandsvertretern Hornbach und Grönhoff und am Freitag, den 30. Dezember, kam eine Einigung mit diesen und schließlich auch am gleichen Tage mit der großen Mehrheit der Kollegen früherer Organisationen zustande.

Der neue Vertrag tritt am 1. Januar 1911 in Kraft und dauert bis zum 1. Oktober 1915. Der Höchstimallohn betrug nach dem alten Tarif 24,50 M. pro Woche, nach dem neuen in den ersten drei Jahren der Vertragszeit 27,00 M., von da ab 27,50 M. pro Woche. Folgende Minimallohnpositionen kommen ab 1. Januar 1911 in Betracht: 19,50 M. im ersten, 22,50 M. im zweiten und dritten Jahre, 24,50 M. im fünften und sechsten, 26,50 M. und vom 25. Lebensjahre an 27,00 M. pro Woche. Nach dem 3. Vertragsjahre erhöhen sich die drei letzten Positionen um je 50 Pfg. Spezialarbeiter sollen höher entlohnt werden. Gehilfen, welche obige Sätze und darüber verdienen und seit Jahresfrist keine Zulage erhalten, sollen eine entsprechende Lohnverhöhung erhalten. Für Ueberstunden sind Zuschläge von 33 1/2 % und 50 % garantiert. Zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung des Tarifs ist eine aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmer gebildetes Schiedsgericht tariflich bestimmt.

Nach Berücksichtigung der für das Buchbindergerwerbe in Essen in Betracht kommenden Verhältnisse können die organisierten Kollegen mit den erzielenden Erfolgen zufrieden sein. Nichts nun aber auch jene, welche nun miternnten, ohne vorher Opfer gebracht zu haben, sich mit den Organisierten solidarisch erklären, damit die nächste Revision schneller und noch erfolgreicher zu Ende geführt werden kann. Die Anerkennung obiger Lohnsätze in denjenigen Betrieben, wo heute nur unorganisiertes Personal in Frage kommt, wird erst dann möglich sein, wenn die Arbeiterkraft sich organisiert, deshalb dürfte auf Grund des Erreichten jene Arbeiter heute den Wert und die Notwendigkeit der Organisation besser begreifen und nicht auch für die Zukunft als Gemütsruhe in der Tarifvertragsentwicklung für Buchbinder in Essen gehalten werden.

Literarisches.

Das Geld. Staatsbürger-Bibliothek Heft 10. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag GmbH. 1910. 94 Seiten 8°. 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Inhalt: 1. Entwicklung des Geldes. 2. Die Funktionen des Geldes. 3. Die staatliche Ordnung des Geldes; Münzsystem, Münzgesetz, Münzbedarf, Edelmetalle, Währung. 4. Geldsurrogate (Geldersatzmittel); Reichsbanknoten, Banknoten, Wechsel, Scheck. Literatur-nachweis. 5. Anhang: Münzsysteme fremder Staaten.

In einer Zeit so außerordentlich gesteigerten Geldbedarfs, der in Steuererhöhungen und neuen Steuern für die Allgemeinheit sich so nachdrücklich bemerkbar machte, ist eine Schrift über das Geld selbst, über sein Wesen, seine Aufgaben, seine wirtschaftliche und politische Bedeutung ganz gewiß als recht zeitgemäß zu bezeichnen. Das vorliegende Heft 10 der M. Gladbacher "Staatsbürger-Bibliothek" behandelt gründlich und eingehend das Geld und Geldwesen mit Ausnahme von Bank und Börse in populärer klarer und verständlicher Weise. Besonders muß auf die vorzügliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Geldes hingewiesen werden; ferner auf die Abschnitte "Wechsel" und "Scheck", Dinge, worüber noch immer viel mehr Unkenntnis und Unklarheit herrscht, als man glauben sollte. Die Schrift wird ohne

Zweifel allgemeinen Beifall finden und verdient bei dem billigen Preise zur allgemeinen Anschaffung empfohlen zu werden.

Sitzte der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeiterpolitik. Mit einer statistischen Uebersicht der Hauptergebnisse der letzten Berufs- und Betriebsabläufe. Von Professor Dr. H. G. 56 Seiten gr. 8°. M. Gladbach 1910, Volksvereins-Verlag GmbH, Preis 50 Pfg., postfrei 55 Pfg.

Inhalt: 1. Die Arbeiterfrage. 1. Begriff und Umfang der Arbeiterfrage. 2. Die Elemente der Arbeiterfrage. 3. Der besondere Charakter der heutigen Arbeiterfrage. 4. Mittel und Wege zur "Lösung" der Arbeiterfrage. 2. Dreißig Jahre deutscher Arbeiter-Sozialpolitik. 3. Uebersicht der Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebsabläufe von 1907. Nachtrag.

In dem mehr theoretischen ersten Teil der Schrift wird die Arbeiterfrage nach Ursprung, Begriff und Umfang behandelt; zugleich werden die Mittel und Wege angegeben, wie dieselbe nach Möglichkeit einer Lösung entgegengeführt werden kann. Diese Frage leitet zugleich zu dem praktischen zweiten Teil über, der die erfolgreichen Bemühungen der gesetzlichen staatlichen Fürsorge um den Arbeiterstand schildert und derselben weitere Wege weist. Die Schrift besitzt den Vorzug einer knappen orientierenden Einführung, der auch dem kürzlich von dem gleichen Verfasser herausgegebenen "Abriss der Agrarfrage" (Soziale Tagesfragen, Heft 13) den Beifall der Kritik eingetragen hat.

Berichtungs-Kalender.

- Berichtungen finden statt:
- Münster.** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. punkt 10 Uhr im Verkehrslokal der Christl. Gewerkschaften.
 - Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat, abends 9 Uhr, im Restaurant Vogel, Rößigerstr. 16.
 - Berlin.** Am Mittwoch, den 18. Januar Genera!versammlung in der Steinmühl. Kein Mitglied darf fern bleiben. Bei Beurlaubten Kopien der 62. Arbeitsnachweis-Zustellkarte.
 - Bonn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Julius Biander, Poppelsdorf.
 - Donaueschingen.** Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Köhler, Schwarzes G.
 - Düsseldorf.** Am 19. Jan. abends 9 Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 33—35.
 - Essen.** Jeden Dienstag nach Erscheinen der Zeitung im Alfrudhaus.
 - Frankfurt.** Jeden 1. Dienstag im Monat im Reichslokal, Langenstraße.
 - Berlin.** 14. Jan., abends 7 1/2 Uhr. Brauerei Gantner, Schiffstraße.
 - Böln.** Samstag, den 7. Januar 1911, im Verbandslokal "Dreieck", Preßgasse.
 - Siegen.** Samstag, den 21. Januar, Genera!versammlung. Erscheinen der Kollegen Ehrenpflicht.
 - München.** Samstag, den 14. Jan. im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16, punkt 8 1/2 Uhr, Genera!versammlung. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.
 - Münster i. W.** Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gastwirt A. Pape, Tlemenstr. 31.
 - Münsterberg.** Am Samstag, den 21. Januar, Genera!versammlung im Restaurant Kaufmeyer, Ulze Lausergasse, abends 7 1/2 Uhr. Vollzähliges Erscheinen notwendig.
 - Fabersham.** Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Genera!versammlung im Piushaus (Wafersbrunn 1). Erscheinen der Kollegen Ehrenpflicht.
 - Negensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Zofobierstraße.
 - Straubing.** Jeden letzten Samstag im Monat im Verbandslokal Münchener Hof.
 - Südingen.** Alle 14 Tage je Montag nach Erscheinen der Zeitung im Lokale zum "Königlichen König" Holzstraße 8, abends 8 1/2 Uhr, 1 Treppe.
 - Schiff-Gerichte.** Am Sonntag d. 8. Jan., nachm. 5 Uhr, im Lokale Erz in Verbandsweiter Genera!versammlung. Vortrag des Kollegen Peter Meißberg. Vollzähliges Erscheinen wird mit Bestimmtheit erwartet.

Unsern lieben Kollegen
Karl Goh
 und seiner lieben Braut
Helene Dief
 die herzlichsten Glückwünsche zur
 Verlobung
 Jakobine Frankfurt a. M.

Februar 1911 erscheint im
Volksvereins-Verlag in M. Gladbach
Krisis in der Sozialdemokratie
 von Joseph Joss,
 Redakteur der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung.
 Das Buch wird jetzt 120 Seiten in gr. 8° umfassen
 und gebunden 1 Mark kosten.
 Vorausbestellungen nimmt der Christliche Gewerkschafts-Verlag Köln entgegen.

Verantwortlich: A. Hornbach-Böln, Palmstraße 14
 Böln-Chrensfelder Handelsdruckerei, Alarstr. 9.